

Der Krieg noch nicht den vollen Einfluß, weil nur vier Monate oder

Die Ausgaben für Krankengelder betrugen

18 710 033 M. im Jahre 1913,
19 111 201 M. im Jahre 1914,
14 174 688 M. im Jahre 1915.

Sie waren also gegenüber denjenigen des Jahres 1913 um
2 400 268 M. oder 14,4 Prozent größer im Jahre 1914
2 598 245 M. oder 15,2 Prozent kleiner im Jahre 1915.

Sichtlich der Ausgaben für Krankengelder ist also die Entwicklung
in den Jahren 1914 und 1915 noch schlechter gewesen wie hinsichtlich
der Zahl der Erkrankungen und Krankheitsfälle.

Die Ausgaben für Krankenhausbearbeitungen haben auch nicht so
abgenommen, wie es bei der Abnahme des Mitgliederbestandes hätte
erwartet werden müssen, sie sanken nämlich von

10 454 888 M. im Jahre 1913
auf 10 480 448 M. im Jahre 1914
und auf 8 882 290 M. im Jahre 1915,

sie waren also gegenüber denjenigen für 1913 um

um 1 580 M. oder 0,05 Prozent größer im Jahre 1914
und um 1 622 603 M. oder 15,5 Prozent kleiner im Jahre 1915.

Ebenfalls ungünstig war die Entwicklung der Ausgaben für ärzt-
liche Behandlung. Diese Ausgaben betrugen nämlich:

5 182 045 M. im Jahre 1913,
5 822 870 M. im Jahre 1914,
4 050 870 M. im Jahre 1915,

sie waren also gegenüber den Ausgaben im Jahre 1913 um

140 034 M. oder 2,7 Prozent größer im Jahre 1914,
222 888 M. oder 4,3 Prozent kleiner im Jahre 1915.

Die Ausgaben für Arzneien und sonstige Arzneikosten betrugen

4 260 508 M. im Jahre 1913,
3 595 530 M. im Jahre 1914,
3 011 442 M. im Jahre 1915,

sie sanken also gegenüber den Ausgaben für 1913 um

425 509 M. oder 10,0 Prozent im Jahre 1914,
1 248 426 M. oder 29,3 Prozent im Jahre 1915.

Hier war mithin die Entwicklung etwas günstiger als bei der Ent-
wicklung des Mitgliederbestandes erwartet werden konnte.

Dagegen sind die Ausgaben für Sterbegelder trotz der Abnahme
des Mitgliederbestandes gestiegen von

608 083 M. im Jahre 1913
auf 1 008 221 M. im Jahre 1914
und auf 1 035 490 M. im Jahre 1915,

sie sind also gegenüber den Ausgaben für 1913 gewachsen

um 100 138 M. oder 11,0 Prozent im Jahre 1914,
um 127 407 M. oder 14,0 Prozent im Jahre 1915.

Infolge der geschilderten Entwicklung in den einzelnen Einnahme-
und Ausgabeabzügen ist auch die Entwicklung in der Summe der Ein-
nahmen und Ausgaben, sowie in den Ueberschüssen eine ungünstige
gewesen.

Es betrug die Summe der Einnahmen einschließlich der Zinsen

47 888 802 M. im Jahre 1913,
46 668 124 M. im Jahre 1914,
37 570 532 M. im Jahre 1915,

sie sank also gegenüber denjenigen von 1913 um

722 768 M. oder 1,5 Prozent im Jahre 1914,
9 518 360 M. oder 20,7 Prozent im Jahre 1915.

Dagegen betrug die Summe der Ausgaben:

30 806 383 M. im Jahre 1913,
42 451 240 M. im Jahre 1914,
35 285 564 M. im Jahre 1915,

sie war also gegenüber denjenigen von 1913 um

2 647 856 M. oder 8,7 Prozent größer,
4 520 810 M. oder 11,8 Prozent kleiner.

Infolgedessen sank der Ueberschuss der Kassen, die noch mit Ueber-
schüssen abschlossen,

von 7 908 847 M. im Jahre 1913
auf 4 875 210 M. im Jahre 1914,
auf 2 927 408 M. im Jahre 1915.

Dagegen betrugen die Zahlungsbeträge der Kassen, die mit Zahl-
beträgen abschlossen,

320 771 M. im Jahre 1913,
608 635 M. im Jahre 1914,
636 440 M. im Jahre 1915.

Infolgedessen veranschaulicht sich die Bildung der Rücklagen in den
Krankenkassen. Es betrug nämlich das Vermögen der sämtlichen
Krankenkassen

35 018 044 M. im Jahre 1913,
30 277 106 M. im Jahre 1914,
41 500 804 M. im Jahre 1915.

Es stieg also

von 1913 bis 1914 um 4 259 122 M.,
von 1914 bis 1915 aber nur um 2 282 738 M.

Für die Gesamtheit der Krankenkassen ergibt sich hiernach noch
immer ein Vermögenszuwachs und eine Rücklage, die zur Sicher-

stellung der Kassenleistungen ausreicht. Viele Kassen haben aber schon
jetzt die Rücklagen aufgebraucht oder wenigstens stark angegriffen und
sind zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und
Ausgaben und der geschilderten vorgezeichneten Ansammlung einer an-
gemessenen Rücklage genötigt, ihre Beiträge zu erhöhen.

Ungünstiger noch wie bei den Krankenkassen hat sich die Entwid-
lung der Pensionskassen während des Krieges gestaltet.

Die durchschnittliche Zahl der Pensionskassenmitglieder sank bei
der Gesamtheit der preussischen Knappschaftspensionskassen von

780 672 im Jahre 1913
auf 644 588 im Jahre 1914
und auf 480 081 im Jahre 1915,

sie sank also gegenüber der Zahl von 1913 ab

um 136 084 oder 17,4 Prozent im Jahre 1914
und um 291 591 oder 37,3 Prozent im Jahre 1915.

Hiernach verminderte sich der Mitgliederbestand in den Pensions-
kassen um 37,3 Prozent, während er in den Krankenkassen nur um
20,2 Prozent abnahm.

Der Entwicklung des Mitgliederbestandes entsprechend sanken die
Beitragsleistungen der Pensionskassen von

72 000 740 M. im Jahre 1913
auf 68 808 570 M. im Jahre 1914
und auf 47 478 840 M. im Jahre 1915.

Der Einnahmeausfall gegenüber 1913 betrug also

5 141 170 M. oder 7,1 Prozent im Jahre 1914,
24 538 891 M. oder 34,1 Prozent im Jahre 1915.

Die Ausgaben der Pensionskassen für Invalidenpensionen betrugen

26 958 528 M. im Jahre 1913,
27 841 174 M. im Jahre 1914,
29 505 851 M. im Jahre 1915,

sie stiegen also gegenüber 1913 um

882 046 M. oder 3,3 Prozent im Jahre 1914,
1 547 323 M. oder 5,7 Prozent im Jahre 1915.

Hierbei ist die Belastung durch Pensionen für die Kriegsgeschädigten
bisher nur ganz unbedeutend gewesen, da diese Pensionen in der
Regel erst nach der Entlassung der Geschädigten aus dem Militär-
verhältnis festgestellt werden und die Hauptbelastung durch diese Pen-
sionen noch bevorsteht. Dies zeigen z. B. die Erfahrungen des All-
gemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum. Von diesem wurden näm-
lich an Invalidenpensionen für Kriegsgeschädigte festgestellt

1 Pension im Jahre 1914,
21 Pensionen im 1. Vierteljahr 1915,
116 Pensionen im 2. Vierteljahr 1915,
170 Pensionen im 3. Vierteljahr 1915,
514 Pensionen im 4. Vierteljahr 1915,
781 Pensionen im 1. Vierteljahr 1916,
820 Pensionen im 2. Vierteljahr 1916.

Im Verhältnis größer war die Steigerung der Ausgaben für
die Witwenpensionen. Diese Ausgaben betrugen

10 199 050 M. im Jahre 1913,
10 704 973 M. im Jahre 1914,
12 141 312 M. im Jahre 1915,

sie stiegen also gegenüber denjenigen von 1913 um

505 923 M. oder 5,0 Prozent im Jahre 1914,
1 942 262 M. oder 19,0 Prozent im Jahre 1915.

Im Verhältnis noch stärker war die Steigerung der Ausgaben
für die Waisenpensionen. Diese Ausgaben betrugen

2 172 427 M. im Jahre 1913,
2 448 222 M. im Jahre 1914,
3 583 227 M. im Jahre 1915,

sie stiegen also gegenüber denjenigen von 1913 um

270 795 M. oder 12,5 Prozent im Jahre 1914,
1 410 800 M. oder 64,8 Prozent im Jahre 1915.

Somit unverändert geblieben sind die Ausgaben für sonstige lau-
fenden Unterhaltungen, sie betrugen

338 855 M. im Jahre 1913,
331 748 M. im Jahre 1914,
349 194 M. im Jahre 1915.

Die Ausgaben für Entlohnungen an fremde Vereine stiegen von

37 859 M. im Jahre 1913
auf 40 844 M. im Jahre 1914
auf 60 909 M. im Jahre 1915.

Etwas gesunken sind die Ausgaben der Pensionskassen für kranke
Pensionempfänger und ihre Angehörigen, sie betrugen

1 004 810 M. im Jahre 1913,
1 010 630 M. im Jahre 1914,
946 046 M. im Jahre 1915.

Bedeutend gestiegen sind dagegen die Ausgaben der Pensionskassen
für Begräbnisbeihilfen für verstorbene Invaliden. Diese Ausgaben
betrugen

260 741 M. im Jahre 1913,
420 384 M. im Jahre 1914,
470 914 M. im Jahre 1915,

sie stiegen also gegenüber den Ausgaben von 1913 um

159 848 M. oder 61,2 Prozent im Jahre 1914,
210 178 M. oder 80,6 Prozent im Jahre 1915.

Diese Steigerung wurde zu einem großen Teil verursacht durch
die einzelnen Vereine die im Jahre 1915 gefallenen Mitglieder inba-
lieren, auch wenn dem Tode keine Invalidität von längerer Da-
vorhergegangen ist.

Infolge der geschilderten ungünstigen Entwicklung in den
einzelnen Einnahme- und Ausgabeabzügen war auch die Entwicklung
Summe der Einnahmen, der Summen der Ausgaben und der Ueber-
schüsse sehr schlecht.

Die Summe der Einnahmen sank

von 86 302 242 M. im Jahre 1913
auf 84 325 085 M. im Jahre 1914
und auf 65 493 064 M. im Jahre 1915,

sie sank also gegenüber denjenigen von 1913 um

1 977 157 M. oder 2,3 Prozent im Jahre 1914,
20 808 878 M. oder 24,2 Prozent im Jahre 1915.

Die Summe der Ausgaben dagegen stieg

von 48 658 689 M. im Jahre 1913
auf 45 772 882 M. im Jahre 1914
und auf 51 900 552 M. im Jahre 1915,

sie stieg also gegenüber denjenigen von 1913 um

2 118 863 M. oder 4,0 Prozent im Jahre 1914,
8 246 913 M. oder 18,9 Prozent im Jahre 1915.

Die Ueberschüsse der mit Ueberschuss abschließenden Pensionskas-
sen infolgedessen

von 42 650 293 M. im Jahre 1913
auf 37 504 002 M. im Jahre 1914
und auf 16 323 903 M. im Jahre 1915.

Dagegen mußten die Zahlungsbeträge der mit Zahlungsbeträgen absch-
ließenden Pensionskassen

von 2 526 M. im Jahre 1913
auf 11 313 M. im Jahre 1914
auf 2 580 018 M. im Jahre 1915.

Infolgedessen veranschaulicht sich auch der Vermögenszuwachs
Pensionskassen. Das Vermögen der sämtlichen Pensionskassen betrug
nämlich

360 518 080 M. im Jahre 1913,
397 875 708 M. im Jahre 1914,
410 317 846 M. im Jahre 1915.

Dividiert man das vorhandene Vermögen durch die Summe der
Ausgaben, so ergibt sich, daß das Vermögen

im Jahre 1913 gleich dem 8,3-fachen
im Jahre 1914 gleich dem 8,7-fachen
im Jahre 1915 gleich dem 7,9-fachen

Betrage der Ausgaben war. Wenn man berücksichtigt, daß es sich
bei den Ausgaben der Pensionskassen meistens um laufende Unterstü-
gen handelt, für die nach den gesetzlichen und behördlichen Vorschriften
ungefähr das 10-fache des Jahresbetrages als Vermögen vorhanden
sein muß, und wenn man bedenkt, daß die Belastung durch Kriegs-
renten bisher nur zu einem Teil in den Ausgaben in die Erscheinung
getreten ist, so ist schon jetzt klar, daß die meisten Vereine genötigt
sein werden, ihre Pensionskassenbeiträge bedeutend zu erhöhen.

Im folgenden mögen dann noch diejenigen Ausgaben der Knap-
pschaftsvereine zusammengefaßt werden, die unmittelbar durch den
Krieg herbeigeführt worden sind.

Auf die Krankenkassen entfielen in den Jahren 1914 und 1915
zunächst an außerordentlichen Aufwendungen für die zum Kriegsdienst
einberufenen Mitglieder und die allgemeine Wohlfahrtspflege 1 545 44
M. Es sind dieses Krankengelder für die erkrankten eingezogenen
Mitglieder, Arzt-, Arznei- und sonstige Arzneikosten für die Familie
dieser Mitglieder, Unterhaltungen für das Noth Kreuz und ähnliche
Ausgaben.

In den eigenen Krankenkassen der Knappschaftsvereine wurden
bis Ende 1915: 32 153 Krieger verpflegt. Die Kosten dieser Ver-
pflegung betrugen 3 582 248 M. Als Ersatz hierfür erhielten die
Vereine jedoch nur 2 941 802 M., so daß sie 640 364 M. aus eigenen
Mitteln aufbringen mußten.

Ueber die Erkrankungen der vom Militär entlassenen Krieger a
Krankheiten, die auf den Militärdienst zurückzuführen sind, konnte
die meisten Vereine keine Auskunft geben, obwohl in den meisten
Krankenkassen solche Fälle bereits ziemlich häufig vorgekommen sind.
Die von einzelnen Vereinen angegebene Belastung in Höhe von
14 981 M. stellt daher zweifellos nur einen ganz geringen Teil der
tatsächlichen Belastung durch diese Krankheiten dar, und es ist vo
 allem für die Zeit nach dem Kriege mit einer großen Zunahme diese
Belastung zu rechnen.

Die gesamte erschaubare reine Kriegslast der Krankenkassen
betrug also bisher 2 200 764 M.

Wesentlich größer ist die reine Kriegslast in den Pensions-
kassen gewesen. Es wurden zunächst bis Ende 1915 folgende laufende
Unterstützungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige festgesetzt:

2 402 Invalidenpensionen in Höhe von jährlich . . . 522 879 M.,
13 445 Witwenpensionen in Höhe von jährlich . . . 1 611 151 M.,
29 783 Galt- u. Vollwaisenpensionen i. d. v. jährl. 1 591 327 M.

45 720 Pensionen insgesamt in Höhe von jährlich 3 624 357 M.

Historische Entwicklung künstlicher Gliedmaßen.

Auf einem der Berliner kriegsärztlichen Abende hielt Dr. Gol-
länder einen Vortrag über die historische Entwicklung künstlicher Glied-
maßen. Nach der „Berliner klinischen Wochenschrift“ führte er u. a.
folgendes aus:

Die medizinische Geschichte der Prothesen beginnt um 1450; da-
mals wurden Stützeile und Beschläge von Ambrosio Paré und Vidus
Vidius beschrieben und abgebildet. In neuerer Zeit haben Karpinski
im Auftrag des Kriegsministeriums 1881 ein Sammelwerk der spä-
teren Erfahrungen und der Vorgeschichte und Hermann Nordt 1907
ein Lehrbuch verfaßt, welches alles Material auf diesem Gebiete der
medizinischen Chirurgie zusammenstellt.

Der Gliederbau setzt Gliederbau voraus. Der Mensch strebte
immer mit allen Mitteln seiner Technik und Materialbearbeitungs-
kunst, den Defekt zu ersetzen. Der Erfolg ging aber verloren, wenn
nicht gleichzeitig vielfache Verbesserungen vorliefen. Schon in der
Vorgeschichte ermöglichten Instrumente der Steinzeit in wenigen Mi-
nuten ein Glied abzutrennen; aber in den Grabstätten fand sich nichts
Einschlägiges. Trotzdem mußten diese Menschen, die die Amputation
schon kannten, dazu fähig gewesen sein, Glieder zu ersetzen. Die
Fakten zeigen ein gewisses massenhaftes Vorkommen von Glieder-
verlusten an Ober- und Unterarm, wie im Gesicht auf. Sie konnten
keine Schriftsprache, aber ihre materialistischen Darstellungen beweisen
es. Sie überlebten die Lebensfähigkeit in jeglichem Gebiete der
Kunstwelt. Sie konnten nur die Bronze, nicht das Eisen; Holzbeine
waren ihnen vertraut, auch der Ersatz verlorener Arme kam vor.
Die Astenplastik war schon den Ägyptern bekannt. Um 1500 entstand
in Italien die Rhinoplastik. A. Delbriest fand, daß die venetianische
Königin Katharina Ziborzi eine reine Hautplastik der Nase darstellt.
Der Kaiser war bei seiner Entthronung im Zirkus die Nase ver-
stümmelt worden. Er kam aber mit Nase wieder zur Regierung.
Katharina Ziborzi kannte die Ägypten nicht, dagegen war den Römern
der Zahnarzt bekannt (Dental), was schon die Etrusker verstanden
sich auf den Brückenbau.

Reber die Prothesenkunst wird in der ganzen griechisch-lateinischen
Antike von Hippokrates bis Galien nicht verachtet. Die Amputation
kam häufiger vor, die Folge davon war kaum bekannt. Glieder-
verlust erregte sich selten. Von den 250 Verwundungen im Homer,
die eine Fortsetzung von 75 Prozent zeigen, betrifft nicht eine einzige
den Verlust der Hand oder des Armes. Auch die Rassenmalerei, die
Baukunst in Pompeji lassen diesen Vorwurf nicht. Im Berliner
Museum ist nur eine Bronze, die den angeborenen Defekt eines
Armes bei einem Kinde darstellt. Ein Ersatz war schon bekannt.
Auf Goldschmiede heft man Holzbeine. Ein solches aus Bronze, Eisen
und Holz wird in London aufbewahrt. Plinius nennt den Illegit-
vater des Celsus unter den Mätern der Tapferkeit; er verlor die
rechte Hand und ersetzte sie mit einer eisernen. Dieser Sergius
erhielt nach 22 Verwundungen. Deswegen sollte er von der Teilnahme
an künftigen Gefechten ausgeschlossen werden. Ein solcher Wahr-
sager geriet nach Herobert in spanische Gefangenschaft, schnitt sich
den Fuß ab, ersetzte ihn mit einem Holzbein und ließ sich ein Holzbein machen.
Später geriet er wieder in Gefangenschaft und wurde getötet. Der

Begriff „Prothese“ in unserem Sinne war unbekannt. In Rom gab
es keinen Krüppel. Wer sein Glied verlor, half sich, so gut er konnte.

Im Mittelalter beginnt ein enormer Gliederverlust; die Folge
ist eine ins Große gehende Orthopädie. Ursachen waren die aus dem
Orient eingeführte Lepra, namentlich der oberen Glieder (schon der
im 5. Jahrhundert abgeschlossene Talmud erwähnte Prothesen für
Ober- und Unterarm), ferner die häufige veränderte Verwun-
dungsmöglichkeit (die Kanone wurde 1346 bei Trebbia, Handfeuerwaffen
mit Projektile von ½ Pfund wurden 1384 vor Perugia erprobt), so-
wie die grausame und strenge Jurisdiktion. Obwohl die Universi-
täten von Montpellier und Salerno die Chirurgie förderten, hat kein
Autor dieser Tatsache Erwähnung getan. Aber die Künstler haben die
Originale in ihren Gemälden bereichert. Man sieht Gehörten für
die Hände oder die Oberarmen usw.; die Strümpfe werden in Holz-
schienen mit Pfählen gebunden. Erst später kommen Krücken und
Holzbeine vor. Dazu kamen die Opfer der aufblühenden Chirurgie.

Schon frühzeitig kommt die eiserne Hand vor, im Wilde zuerst
bei einem Hakenhaken um 1400. Der Erfinder des Modells ist un-
bekannt geblieben. Das älteste wurde in Neureupin gefunden; es
gehörte einem bei einem Ritt über den Rhein umgekommenen Ritter.
Die Druckknöpfe sitzen ungewöhnlich auf der Innenseite; besser
waren die Druckknöpfe, die später auf der Außenseite angebracht waren.
Da konnte der Ritter aufschlagen und die Finger sprangen auf. Bei
starker Bewegung, mit Hilfe der anderen Hand, kann man schwere
Lasten tragen. Der Daumen nähert sich automatisch beim Schluß
der Finger. Eine solche Hand läßt sich Gög von Verletzungen machen,
nachdem ihm 1504 ein Muskelknopf bei Randschut die rechte Hand
weggerissen hatte. Er besaß mehrere solcher Hände auf seinen ver-
letzten Schloßern und verbesserte sie. Die Hand ist im Gelenk
beweglich, ebenso jedes einzelne Fingerglied, so daß sich die Hand
schließen läßt. Durch Druck auf einen Knopf springt die ganze Hand
auf. Der Daumen bleibt inaktiv. Die Hand ist künstlerisch vollendet;
sie wurde nur Sonntags getragen; die anderen vier mehr abgenutzt.

Ein Menschenalter später wurde die eiserne Hand zum erstenmal
von einem Chirurgen, A. Paré, genauer beschrieben; bei ihm sind
die Finger durch Leder und Schuppen beweglich gemacht. Zur 17.
Jahrhundert werden die Ritter erhöht und dadurch unsterblich, die
künstliche Hände trugen, z. B. Christian von Traunburg. Der Prinz
von Somburg verlor sein Bein vor Kopenhagen, ließ sich ein silbernes
Bein bauen und trat in die Armee des Großen Kurfürsten.

Vor allem förderten die großen Kriege, die Befreiungskriege, der
österreichisch-italienische Feldzug, die Kämpfe Napoleons III. und der
von 1870/71 die Prothesenkunst. Statt der mechanischen Hand wurde
ein Automaten mit automatischer Bewegung von Baller eingeführt.
Die Anheftung ist die Flexion; ein Zug ist vorhanden, und durch eine
Bewegung mit dem Armhumpen, dem anderen Arm oder einem Haken-
apparat verstellbar; durch Druckknöpfe in jede Stellung des Gliedes
zu bewegen. Der Graf von Saurheim hat 1865 diesen komplizierten
Apparat auf ein Maß zurückgeführt, welches erprobenswert ist und
die automatischen Bewegungen durch einen Kugelfaden ermittelt, wo-
bei die Finger automatisch, der Daumen aktiv beweglich waren.
Charrière hat dann für den Finger Roger einen Arm gebaut; das

Publikum achtete in der Folge mehr auf die Leistungen seines Kunst-
armes als auf die seines Hehltopfes. Die Arbeitshände mit aus-
wechselbaren Anheftungen sind schon älterer Herkunft. Bonnet-Pardis
war im vorigen Jahrhundert besonders geschickt für solche, die in der
Landwirtschaft Verwendung fanden.

Am besten entwickelten sich die Kunstbeine, sie sind der Vollendung
nahe. Es gibt jetzt Leute, die schon am ersten Tage, da sie die
Prothese bekamen, von der Charité in Berlin nach dem Schloß hin
und zurück den Weg machten, ohne daß man ihnen die Stelze ansah.
Whitie, Navaton, Graefe und Würzburg sind hier zu nennen. Der
feinere Druck wurde durch Leberreinen ausgeglichen; bewegliche
Anheftungen wurden eingeführt von Walliser.

Erst spät beschäftigte sich die Medizin mit diesem Gegenstande.
Meist waren es Handleute oder künftige Leuten, die das Problem er-
weiterten. Das ist kein Zufall. Eine gebräuchliche Nachbildung
der Glieder ist so kompliziert, daß nur geübte Mechaniker hier etwas
leisten. Wir Ärzte können nur unsere Forderungen aufstellen und
die Leistungen richtig einschätzen. Unsere ärztliche Aufgabe ist, dar-
über zu wachen, daß für unsere tapferen Verwundeten das denkbar
Beste geliefert wird, und da können wir festes Vertrauen auf die
deutsche Technik von heute setzen.

Büchsenmacher im Mittelalter.

Zu allen Zeiten ist der Krieg technisch bei dem Frieden in die
Schule gegangen. Was an Werkzeugen im kriegerischen Vaseinstamp
bekannt war, wurde zur Waffe, wenn Mensch und Mensch im Kriege
sich gegenüberstanden.

So auch im Mittelalter. Die Fürsten waren für ihre Krieg-
führung auf die technischen Hilfsmittel angewiesen, die aus dem
Kriegsgrad der jeweiligen Kriegstechnik entstanden. Und das war die
Technik des Handwerks.

Alle Handwerkskunst ist Regellichre. Im Gegensatz zur Technik
des Mittelalters, die nur den Menschen als Kraftmaschine zu verwenden
vermag, ist in der mittelalterlichen Technik dem Menschen das Werk-
zeug in die Hand gegeben. Nicht mehr antike rohe Kraft-
anstrengung und brutale Muskelarbeit, sondern der technische Vor-
gang verfeinert sich: Im Gehirn des Menschen sammeln sich die Er-
fahrungen über die besten Arbeitsmethoden und Arbeitsmittel, der so
höher geartete Denkprozess lernt bewußt gestalten und geschickt das
Werkzeug führen.

Es wird Handgeschicklichkeit kultiviert. Aus der Erfahrung, aus
der Empirie des Einzelnen entsteht das Können, diese empirische
Technik fand deshalb ihren reinen Ausdruck in den Handwerksstufen
der Kunstverfassung.

Die Handwerkskunst mußte eine Uebersetzung von Handgriffen
und Arbeitsmethoden sein. Schwerfällig den neuen Forderungen der
Zeit gegenüber, war die Welt des Kunstbürgers selbst genugsam, durch
härres Abstreifen gegen die Außenwelt, durch zähes Behaupten aller
Rechte und Vorrechte suchten die Handwerksmeister ihre Sonderstellung
zu erhalten. Die Kunstverfassung mit ihren Gesetzen, ihrem Be-
fahungsnachweis, ihrer Meisterprüfung und ihrem Wanderhandwerk

Der Kapitalwert dieser Pensionen ist auf mindestens 80 800 000 Mark oder rund 40 000 000 M. zu veranschlagen.
Außer diesen laufenden Unterhaltungen mußten noch folgende einmalige Unterhaltungen gewährt werden:

Sterbegebe	387 611 M.
Beitragsrückstellungen	1 322 758 M.
Sonstige Aufwendungen	21 621 M.
	1 741 935 M.

oder rund 2 000 000 Mark.

Hierzu kommt der Ausfall an Beiträgen für die Kriegsteilnehmer, denen die Kriegsdienstzeiten als Beitragszeiten angerechnet werden müssen. Es waren im Jahre 1915 an Pensionistenmitgliedern eingezogen 279 026 Mann. Im Jahre 1913 entfielen durchschnittlich auf ein Pensionistenmitglied an Beitragszeiten 92,23 M. Für die eingezogenen Mitglieder entfielen also den Vereinen mindestens 279 026 x 92,23 = 25 734 568 M. an Beiträgen in einem Jahr. Der Ausfall für 1914 und 1915 beträgt also 25 734 568 x 1 1/2 = 34 312 756 Mark oder rund 34 000 000 Mark.

Die gesamte reine Kriegsbelaftung der Pensionisten bis Ende 1915 betrug also 78 000 000 M. Das sind 108 Prozent der Beitragsentnahmen der Pensionisten im Jahre 1913 und 10 Prozent über den Fünftel des Vermögens der Pensionisten am Ende des Jahres 1915.

In Wirklichkeit ist die Belaftung aber noch größer, denn zweifellos sind bis 1915 noch eine große Zahl von Mitgliedern im Kriege gefallen oder invalide geworden, für welche die Pensionen erst später festgestellt werden.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wucher als unbeflegbare Grobmasche.

Im „Fürmer“ wird durch Freiherr von Grotthuß der Wucher als eine unbeflegbare Grobmasche und seinen Nutznießern, Schülern wie Trägern folgendes Zeugnis ausgestellt: „Der Wucherer ist der stärkste von allen, er ist der wahre Sieger in diesem Krieg und der ruhende Pol in der Erschütterung. Mögen die Kämpfe hin und her wogen, unsere Feldgrauen von einem Kriegsschauplatz auf den anderen geworfen werden — der Wucherer wandt und weicht nicht von seinem Platze: wie die Spinne sitzt er unentwegt in seinem Netze, die und rot aufzuheben von den verpeisten Wundstücken, mit süßlicher aber ruhiger Sicherheit der weiteren Opfer gewärtig. Der Wucherer ist der Mann dieser „großen“ Zeit, denn er hat die „Forderung des Tages“ begriffen: „Tue Geld in deinen Beutel!“ Und nichts kann einen charaktervolleren Wucherer von der Erfüllung dieser wohlverstandenen Forderung abhalten. Gegen einen charaktervollen Wucherer ist alle Staats- und Regierungsgewalt ohnmächtig: „Ihn kann keiner!“ Denn auch er spricht von sich, wie alle Majestäten, in der Mehrzahl: Seine Majestät der Wucherer. Und ist er nicht in Wahrheit der Herrscher dieser Zeit? ... Wenn es in der bisherigen Weise so weiter geht, nichts Durchgreifendes geschieht, kann es schon dahin kommen, daß alle unsere Opfer und Siege uns nicht davor bewahren werden, aus Englands Sand einen englischen Frieden entgegenzunehmen. Es muß das rund heraus gesagt werden, weil es nicht auf eingebildeter, sondern tatsächlicher Gefahr beruht: eine Gefahr, von der man im ganzen Volke nicht begreift, wie sie nicht erkannt oder auch nur unterschätzt werden kann. Noch ist es Zeit, sie abzuwenden, aber es ist die höchste Zeit, und was in der verarmten verloren und verdorben ist, läßt sich schon heute nicht mehr einbringen. Es bedarf keiner Prophezei, vorauszusagen, was uns alles auch im Inneren noch erschüttern wird, wenn nicht endlich zu rettenden Taten übergegangen wird. Wofür Entschädigung oder gar die schon zum Rinderpest geworbenen „wohlwollenden Maßnahmen“ sind keine Taten. In Worten aber hat das Volk in allen seinen Schichten so genug und über genug, daß es weitere Worte, denen die durchgreifende Tat nicht auf dem Fuße folgt, nur noch mit behaltener Empörung über sich ergehen läßt, weil es dabei nur die Schmalzgeschichter der Wucherer zu einem breiten, vergnügten Grinsen sich verziehen sieht.“

Kriegsernährungsamt und Zwettchenhöchtpreise.

Der Landtagsabgeordnete für Kassel-Land-Wilhelmsheim, Herr Becker Heins, hat zur Frage der Zwettchenhöchtpreise folgendes Schreiben an den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts, Czjzelenz von Wulff, gerichtet:
„Ew. Excellenz bitte ich auf folgendes aufmerksam machen zu dürfen: Der Höchstpreis für Zwettchen wurde vom Kriegsernährungsamt auf 10 Mark für den Zentner und für Händler auf 25 Pf. für das Pfund festgesetzt. In Kurhessen ist der Höchstpreis von den meisten Landräten auf 8 bis 8,25 M. herabgesetzt worden. Die Zwettchen wurden an Händler durchweg mit 2,00 bis 2,50 M. verkauft. In Betracht dieser Tatsachen und unter Berücksichtigung der überaus reichen Ernte erscheint mir der Höchstpreis von 10 M. für den Zentner ungerechtfertigt. Wenn dann noch die Händler sich den 2 1/2-fachen Betrag des Einkaufspreises bezahlen lassen dürfen, so steht dies in einem gesunden Verhältnis. Im Interesse meiner Heimat und der Volksernährung bitte ich Ew. Excellenz, gütigst befehlen zu wollen, daß die Höchstpreise erheblich herabgesetzt werden.“
Die Kriegszeit hat uns nicht verwöhnt und auch das Kriegsernährungsamt hat bisher nur enttäuscht. Verwehren sich aber vorstehende Angaben, so geht das selbst in dieser Zeit der Enttäuschungen

hatte als Wirtschaftsorganisation das verständliche Bestreben gehabt, ihre Technik zu konzentrieren, sie als Geheimkunst von Generation zu Generation zu überliefern.

Auch die Kriegstechnik des Mittelalters war von den Handwerksmeistern abhängig. In einer alten Chronik von Weh aus dem Jahre 1437 wird stammend von einem „Stückmeister“ gerühmt: „Er schloß dreimal des Tages nach er wollte, gebrauchte aber auch magische Kunst. Aus diesen und vielen anderen Gründen mußte er nach Rom gehen, um von seinen Sünden losgesprochen zu werden.“

Aus der Geschichte der Waffentechnik tritt uns in dieser Chronik die gute alte Zeit entgegen. Der Stückmeister vermochte nicht nur drei Schüsse täglich abzugeben, sondern dazu auch noch gut zu treffen, d. h. zu „richten“, (wohin er wollte). Den Zeitgenossen schien diese Leistung so überwältigend, daß nur die Möglichkeit „magischer Kunst“ angenommen wurde, mit dem Teufel im Bunde mußte dieser Kriegsmann stehen.

Alles, was mit dem Geschützwejen jener Zeit und dessen Verwendung zusammenhing, lag in der Hand dieser Waffentechniker. Sie lernten ihre Kunst und übten sie in den Städten, und traten später mit vielen Vorrechten in den Dienst der Fürsten.

Konrad Matzsch, ein Historiker der Technik, sagt von ihnen: Sie sind nicht dem Kriegsvolk gleichgestellt, sie gelten als Gewerbetreibende und Künstler. Sie stehen nur in freiem Dienstverhältnis bei Fürsten und Städten und arbeiten für die verschiedensten Parteien. Ihre technische Kunst, die ihnen hohes Ansehen gab, hielten sie ängstlich geheim. Sie wollten nicht nur mit den Geschützen selbst und mit der Aufverbesserung derselben, sie beherrschten auch das ganze Vervielfältigungswejen. Sie waren die technischen Leiter im Angriff und Verteidigungskrieg. Als hervorragende Fachmänner haben sie zur Förderung der Technik ungemein viel beigetragen.

In reichen Städten bildeten die Waffentechniker ansehnliche Brüderschaften. In Nürnberg gab es 1449 allein 144 Waffentechniker. Die deutschen Kaiser stellten sie mit reichen Privilegien aus. Da werden ihnen (1446) von böhmerischen in Feindesland alle Straßen und in der erklärten Stadt auch die Kriegsernährungsamt der Zeughäuser, die Geschütze und das Pulver zugesprochen. In es wird ihnen auf ihr Verlangen ausdrücklich versichert, daß, wenn diese Vergünstigungen nicht eingehalten werden, alle Artilleriepersonen von ihrer Pflicht ledig sein sollten, daß sie dann aus dem Feld ziehen können, zu Freunden oder Feinden, unbeschadet ihrer Ehre.

Der Geschützmeister war ein vielseitiger Praktiker. In einem alten Artilleriebuch wird aufgeführt, daß er lesen und schreiben konnte, daß er im Sinn behalten konnte alle Stücke, als da sind: Geschütze, Kanonen, Bomben, Fackeln, Fortifikationen, er sollte alle Stücke wissen und zählten Feuerwerks bereiten können, sollte von den Truppen und Mesuren, von Stellung der Mauer, Fackeln der Gräben, von Angriff mit Tritten, Raken und Schutten wissen. Er sollte auch etwas sein in Worten und Werken, allezeit bei Einnen und sich besonders hüben vor Trunkenheit. Zum Schutzheiligen seiner Kunst hatte er sich die heilige Barbara erwählt. Beim Laden machte er mit der Kugel vor dem Einsetzen ins Rohr das Zeichen des Kreuzes und rief die Hilfe der Heiligen an.“

über die Gutschnur. Das Kriegsernährungsamt wird da unbedingt Rede und Antwort stehen müssen.

Lebensmittelpreise im Kleinhandel.

Lebensmittel	Juni 1914	Juni 1915	Juni 1916
Eiweißstoffe, alte	9,1	12,7	12,4
Erdnüsse	250,0	358,4	530,9
Erbsen, gelbe	40,2	129,7	59,0
Weißbrot	53,0	60,8	65,0
Vollkornbrot	29,0	41,2	38,0
Kaffee, gebrannt	308,2	336,1	718,7
Zucker, harter	50,3	80,3	80,2
Speisefett	20,7	23,0	23,4
Hackfleisch	80,3	128,3	319,0
Vollmilch (Eiter)	20,9	24,2	20,5
Schmalz (Eiter)	7,4	13,7	23,0

Die Reichsindexziffer der Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie stellt sich (nach Richard Calver): Juni 1914: 25,12 M., Juni 1915: 87,30 M., Juni 1916: 52,61 M.

Die Schuldenlast der kriegführenden Staaten.

„Plutus“ entnimmt einer Abhandlung des Herrn F. Landau in der „Frankfurter Zeitung“ folgende Angaben:
Die Schuldenlast des Deutschen Reiches betrug am 31. März 1913 etwas über 5 Mill. Die seit dem Kriegsbeginn bewilligten außerordentlichen Krediten Englands wurde Ende März 1914 mit 707 Mill. Sterling ausgewiesen. Die bis August 1916 kontrahierten Kriegsschulden betragen die Summe von 2832 Mill. Sterl. Nach einem offiziellen Bericht vom August d. J. hat die schwebende Schuld in kurzfristigen Bonds aller Art die Höhe von 1885,5 Mill. erreicht. Die sog. „Regierungssicherheiten“ sind von Ende 1913 bis 31. August 1916 von 13,2 Mill. auf 42,2 Mill. gestiegen. In Frankreich betrug bei Kriegsausbruch die Staatsschuld 32787 Mill. Frank. Die in fast zwei Jahren bewilligten Kredite werden mit zusammen 44478,12 Mill. angegeben, denen als Einnahmen in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 30. April 1916 45000 Mill. gegenüberstehen. Dazu kommt noch eine Umfang Juni 1916 in Amerika kontrahierte Anleihe von 100 Mill. Dollar. — Nach dem Ausbruch vom 1. Januar 1916 war die Staatsschuld im ganzen auf 16795 Mill. Rubel angewachsen, wozu noch nachweislich gekommen sind eine Anleihe (März 1916) von 2000 Mill.; eine weitere Anleihe von 50 Mill. Dollar in Amerika und eine solche von 50 Mill. Yen (zu 8 1/2 Proz. Zinsen) in Japan. England und Frankreich sollen außerdem noch 6 Milliarden Rubel zur Bezahlung der fälligen Auslandsschulden und der auswärtigen Kriegszusicherungen vorgetrieben haben. — Die Schuldenlast Österreich-Ungarns (mit sämtlichen Kronländern) belief sich am 1. Juli 1914 auf fast 18 Milliarden. Die gesamten Krediten der Kriegsausgaben sind auf 28800 Mill. (bis Ende Juli 1916) angegeben. Die Staatsschuld Italiens ist von Kriegsbeginn an bis zum 30. Oktober 1915 nach der Parlamentsangabe von 15718 auf 10360 Mill. Lire angewachsen, wozu noch ein Umfang Juli 1916 von der Regierung bewilligter Zusatzkredit von 400 Mill. Lire kommt. Auf Grund von Angaben des Schatzministers Carcano beträgt die schwebende Schuld der Staatsschuld seit Kriegsbeginn 9181 Mill. Lire. In Portugal ist die Gesamtschuld Anfang 1914 auf über 831 Mill. Escudos angewachsen. Als Gesamtschulden Rumaniens betrugen am 1. April 1916 fast 1 1/2 Milliarden Lei. Ein außerordentlicher Kredit von 600 Mill. wurde am 25. August 1916 auf 800 Mill. erhöht. Für Bulgarien (mit Ostromelien) wird die Schuldenlast am 30. Juni 1915 mit über 612 Mill. Frank., die schwebende Schuld (bis Juli 1916) mit 1085,5 Mill. angegeben. Bei der Türkei endlich bestand am 24. Dezember 1915 die Staatsschuld in Höhe von 193 1/2 Mill. Lira. Bis April 1914 nahm die Regierung in Frankreich eine Anleihe von 500 Mill. Frs. auf, die sich bis Ende 1914 noch um 300 Mill. vermehrt hat.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Georgs-Marien Bergwerks- und Hütten-Untergesellschaft.

Hat seit ihrem Bestehen von 1856/57 bis 1914/15 auf die Stamm-Aktien 250 und von 1896/97 bis 1914/15 auf die Vorrechts-Aktien 201 Prozent Dividende verteilt. Von 1908/09 bis 1914/15 gestalteten sich die Gewinnergebnisse wie folgt:

	Aktienkapital	Betriebsüberschuss	Abfchreibungen	Reingehalt	in % des Aktienkapitals
	M.	M.	M.	M.	
1908/09	18 500 000	4 567 651	1 485 000	1 051 878	5,69
1909/10	18 500 000	5 097 301	1 595 701	1 575 720	8,52
1910/11	18 500 000	5 873 234	1 532 210	2 075 810	11,22
1911/12	18 500 000	6 710 051	1 821 783	2 491 650	13,47
1912/13	18 500 000	8 238 036	2 410 493	2 629 789	14,22
1913/14	18 500 000	8 224 735	2 480 741	1 559 340	8,43
1914/15	18 500 000	7 100 568	2 442 193	1 558 120	8,40

Trotz reichlicher Abschreibungen war der Reingehalt also immer recht günstig. Außer den sehr reichlichen Abschreibungen sind aber noch große Summen zu Rückstellungen usw. verwendet worden, wie ein Vergleich zwischen Betriebsüberschuss einschließlich Vortrag und Reingehalt ohne weiteres erkennen läßt. Der Betriebsüberschuss einschließlich Vortrag betrug von 1908/09 bis 1914/15 in Prozent des Aktienkapitals: 24,69, 27,55, 31,75, 36,27, 44,53, 44,46, 38,38. Dabei läßt sich durchhalten. Die Gewinnergebnisse für 1915/16 liegen noch nicht vor. Voraussichtlich werden sie aber noch günstiger sein, als die bisherigen. Aber auch bei den bisherigen Gewinnergebnissen konnten höhere Löhne gezahlt werden.

Gewinne einer Siegerländer Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft

In der Werkspreffe wird über die H.-G. Charlottenhütte in Niederzichsen (Siegerland) folgendes mitgeteilt:

„Der Abschluß für das am 30. Juni beendigte Geschäftsjahr 1915/16 ergibt, nach Abzug aller Unkosten — einschließlich der durch die Verschmelzung mit dem A.-M.-Hütten Bergwerks-Aktien-Verein entstandenen, sowie der Kriegsteuer-Rücklage — einen Reingehalt von 3 253 771 M. Zu Abschreibungen sollen 1 589 627 M. (im Vorjahr 620 088 M.) verwendet werden, so daß sich ein Reingehalt von 1 664 144 M. (577 611 M.) ergibt. Dazu tritt dann der Vortrag aus dem Geschäftsjahre 1914/15 mit 1 467 700 M. (1 398 015 M.), so daß der zur Verfügung stehende Reingehalt 3 131 844 M. (1 975 526 M.) beträgt. Der Aufsichtsrat wird vorschlagen, hiervon 123 500 M. der Rücklage und 75 000 M. dem Arbeiter-Unterstützungsbezug zu überweisen. Die Gewinnanteile erfordern 53 095 M. (37 826 M.). Als Dividende sollen 16 Prozent = 1 000 000 (8 Prozent = 400 000) Mark ausgeschüttet werden. Auf neue Rechnung verbleibt dann ein Vortrag von 1 848 249 M.“

Der Reingehalt wird sich demnach fast verdreifacht. Einem summarischen Hebereschlag zufolge hat das Unternehmen (ein mittelgroßes) ziemlich joviell Mollatüberschuss gemacht als es den Arbeitern an Löhnen gezahlt hat. Wenn das Geld so in dem Staate fließt, dann kann man leicht von einem „bewährten Wirtschaftssystem“ reden.

Werden auch Vorrichtungsarbeiten geleistet?

Die Zeitspreffe verneint diese Frage in der Hauptsache und versichert, eine Beschäftigung der Mannschaften mit nur indirekt produktiven Arbeiten (Ausrichtung und Vorrichtung) könne nur in der notdürftigsten Weise vor. Daß dies nicht überall zutrifft, erleben wir aus zwei verschiedenen Werksberichten. Die Verwaltung der neuen nordwestfälischen Zeche Westfalen bei Helsen teilt uns mit, es hätte 1915 nabelegen, die Aus- und Vorrichtungsarbeiten einzuschranken, um die Kohlenförderung zur Ausnutzung der guten Marktlage möglichst zu steigern.

Aber der Verwaltung erwidern der Gesichtspunkt überwiegend, das Grubengebäude möglichst rasch zu entwickeln, um aus den günstigen Lagerungsverhältnissen durch umfangreiche Vorrichtung größeren Nutzen während der guten Wirtschaftslage zu ziehen, die sie nach Abschluß des Friedens mit Sicherheit erwartet. Daher ließ man die Grubenbetriebe weiter gehen, so daß Ende 1915 ein Bestand von 12428 Meter Hauptquerschläge und Nichttreiben und von 2121 Meter Windschlägen (Stapel) vorhanden war. Nebenher gingen die umfangreichen Erweiterungen und Ausbauten der

vordem aufgefahrene Strecken. Die neuen Aufschlüsse beschäftigten vor allem die guten Erzeugnisse, die an die Ablagerung im Stilselbe geflüßt wurden. Gegenwärtig sind 28 Abbaukapel (Wind-schläge) fertiggestellt, 2 in Arbeit. Ende 1916 werden mehr als 15 000 000 Tonnen Kohle fertig vorgefertigt sein.“

Diese Zeche hat also die zunächst unproduktiven Aus- und Vorrichtungsarbeiten während des Krieges so weiter gehen lassen wie vordem. Von einer anderen Zeche, der im Ruhrland gelegenen Gewerkschaft W a r m e n, entnehmen wir dem Geschäftsbericht:

„Im Jahre 1915 war der Betrieb in erster Reihe auf den Ausbau und die Vorrichtung der Grube und ihrer maschinellen Anlagen gerichtet, damit nach dem Kriege die Förderung in vollem Umfange aufgenommen werden kann. Es wurden aufgefahrene Hauptquerschläge 178 Meter, Nichttreiben 33 Meter, zusammen 211 Meter gegenüber 7 1/2 Meter im Jahre 1914. Ende 1914 waren 250 000 Tonnen vorgefertigt, während gegen Schluß des Berichtsjahres 555 000 Tonnen Kohlen anstehend waren.“

Es ist natürlich im Interesse eines regelmäßigen Betriebes notwendig, die Aus- und Vorrichtungsarbeiten nicht zu vernachlässigen. Hier haben wir zwei Anlagen, die während des Krieges sogar mehr leisten konnten als vordem. Das muß auch den Förderer pro Arbeiter beeinflussen, wenn, wie das geschieht, die Gesamtbeschäftigung nur auf die Kohlenförderung angerechnet wird. Auf diese Weise kommen „Minderleistungen pro Kopf“ heraus, während tatsächlich die Gewinnungsarbeiten eine höhere Förderung herausbrachten.

Bessere Lage in der Rallindustrie.

In der Veranlagung des Rallionsbils wurde mitgeteilt, daß der Rallionsbils in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 6 086 000 Doppelzentner Rallionsbils im Werte von 103,2 Millionen Mark gegen 4 184 000 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen hat. In dem gleichen Zeitraum des letzten Friedensjahres 1913 waren 6,19 Millionen Doppelzentner Rallionsbils zum Versand gebracht. Der größte Teil des diesjährigen Rallionsbils, nämlich für rund 70 Millionen Mark, ist an die deutsche Landwirtschaft gegangen, deren Bedarf wesentlich größer war als jemals im Frieden. Wenn dieser große Bedarf bisher gedeckt werden konnte, so ist das der günstigen Wagensstellung und den Anstrengungen der Rallionsindustrie zu verdanken, die alles aufgegeben hat, um das letzte Mal dem deutschen Boden zuzuführen. Die inländischen Abrufe für die bevorstehende Herbstzugung sind sehr stark und können nur dann rechtzeitig erledigt werden, wenn die Arbeiterbeschäftigung in der Rallionsindustrie genügend Kriegsfangene zur Verfügung gestellt werden. Die Lage der Rallionsindustrie ist also nun trotz des Krieges eine sehr gebesserte. Der Absatz hat fast die Höhe des Friedensjahres erreicht und die Preise sind beträchtlich herabgesetzt worden. Nun können und müssen aber auch die Arbeiterlöhne eine entsprechende Aufbesserung erfahren.

Zunehmende spanische Kohlenförderung.

Die Kohlenförderung Spaniens hat in den Kriegsjahren 1914 und 1915 zugenommen, was mit dem Ausbleiben der deutschen und der geringeren Einfuhr englischer Kohle zusammenhängt. Die Kohlenförderung gestaltete sich in den letzten Jahren wie folgt (in Tonnen):

	1912	1913	1914	1915
Steinkohle	3 025 060	3 783 214	3 005 080	4 234 708
Anthrazit	226 083	232 517	228 802	252 483
Braunkohle	283 680	270 701	309 473	347 072

Die Einfuhr von Kohle und Koks, die 1912 2,88 Mill. To. und 1913 3,10 Mill. Tonnen betragen hatte, ist 1914 auf 2,88 Mill. To. und 1915 weiter auf 1,03 Mill. To. zurückgegangen.

Die Kohlenförderung in den Ver. Staaten von Nordamerika hat 1915 rund 537,02 Millionen Tonnen betragen, 3,5 Prozent mehr als 1914. Fast die Hälfte der Förderung entfällt auf Pennsylvania

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Kriegserfahrungen des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Die „Baugewerkschaft“, das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes, gibt in seinen Nummern 36 und 37 die Erfahrungen zum ersten, die der Verband mit seinen vom Kriegsdienst entlassenen und mit den rekrutierten Mitgliedern gemacht hat. Die Berichte der Funktionäre aus den Bezirken Köln, Aachen, Hamm, Münster, Westfalen, Posen, Oberschlesien, Ostpreußen, Danzig, Pommern, Württemberg-Baden und Thüringen sind durchweg ungünstig. Sie werden am besten gekennzeichnet durch einige Sätze aus dem kritischen Artikel der Verbandserklärung in der Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ vom 10. Sept.:

„Nur ein Teil, und nicht der größte, findet den Weg von selbst wieder zur Organisation zurück. ... Auch so manches unruhige und unverständliche Verhalten Parteigeheuer wird den Entlassenen nicht nur ein schlechtes Vorbild gegeben, sondern es wirkt auch stärkste Entfremdung. Auch die Zurückgebliebenen mit den Leistungen des Verbandes bezug der Unterstützungsfähigkeit tritt zurück. ... Am allerbedenklichsten und bedauerlichsten ist und bleibt, mit ganz geringen Ausnahmen, die Haltung der zu Arbeitsdiensten Rekrutierten. Die Zurückgebliebenen ganz rationalem Verhalten eingezogen zu werden, ist die Ursache ihres hundertfachen Vornehmens. Natürlich sind sie der Meinung, daß ihre Verbandszugehörigkeit als Stein des Anstoßes in den Augen des Unternehmers gelten könnte. Weder über diese noch über alle anderen, die die jetzige Zeit für am günstigsten halten, um dem Verbands den Rücken zu kehren, wollen wir ein weiteres Wort verlieren. Die Zeit wird kommen, wo anders mit ihnen geredet wird.“

Frühe ist auch der Blick, den die „Baugewerkschaft“ in die Zukunft tut, und was hier gesagt wird, gilt zumeist für die Mitglieder aller Gewerkschaftsrichtungen:

„Es soll und darf kein Zweifel darüber bestehen, daß wir starke Arbeiterorganisationen nach Kriegsende notwendig haben. Wer die Entwicklung verfolgt und die Aufgaben sieht, die uns zu lösen gestellt sind, sieht mit mancherlei Sorge in die Zukunft. Die Arbeitergebersorganisationen sind durch den Krieg teilweise nur gering, und zwar im Handwerk, gewöhnlich, teilweise sind sie auf ihrem alten Stand geblieben, aber haben sich noch vergrößert. Die Streikverfechtungsgesellschaften der Arbeitergeber haben ihre Reihen erheblich vermehrt. Wirtschaftlich hat die Industrie, in erster Linie die, die mit Kriegszusicherungen bedacht ist, sich sehr erholt. Gewiß gibt es Ausnahmen, wie z. B. die Textilindustrie. Aber die Großindustrie hat außerordentliche Gewinne eingeheimst. Diese aber stand bisher, und tut es heute noch, den Arbeiterorganisationen am ablehnendsten gegenüber. Zu der kapitalistisch so gekräftigt aus dem Kriege herbeigekommenen Großindustrie tritt die Landwirtschaft und der Handel, vordringend der Großhandel. Für dieses Dreieck ist der Krieg finanziell ein Segen. Dagegen befindet sich die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Handwerker, die ärmer geworden, zum Teil außerordentlich und starkem Konfliktstoff in sich. Umgekehrt aber gehen die Arbeiterverbände nicht ungeschwächt aus dem Kriege hervor. Ihre Mitgliederzahlen sind geschwunden oder wenigstens nicht stärker geworden. Das ist die Situation, wie sie jetzt schon klar vor uns steht. Führe man sich dann noch die großen gesellschaftlichen Aufgaben auf dem Steuer- und Wirtschaftsfeld vor Augen. Ist da nicht mit aller Dringlichkeit und absoluter Klarheit der Weg gekennzeichnet, den eine Arbeitergewerkschaft und auch jeder einzelne Arbeiter zu gehen hat?“

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Der Gewinnung neuer Mitglieder waren im Berichtsjahr 1915 ziemlich enge Schranken gezogen; trotzdem brachte es der Verband auf 8804 Neuaufnahmen. Diese konnten aber die Rinde, die die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen ritz, nicht füllen, da auch der Wechsel mit Arbeitskräften aus verschiedenen Gründen groß war. Die Zahl der Mitglieder fiel von 27 259 im 1. Vierteljahr auf 21 016 im 4. Vierteljahr. — Mit dem 1. Januar traten die vom Verbandstag 1914 beschlossenen neuen Bestimmungen mit Erhöhung der Beiträge und der Unterhaltungen in Kraft. Die Wochenbeiträge erhöhten sich von 30 und 50 Pf. auf 40, 50, 60 und 70 Pf. Der 70-Pf.-Beitrag ist ein freiwilliger für Mitglieder mit einem Wochenlohn von 27 Mark und darüber; solche wurden im Jahre 1915: 58 352 geleistet. Die Beitragsleistung war im Durchschnitt 47,3 pro Mitglied. Den erhöhten Beiträgen entsprechend verminderte sich auch die Jahresentnahme bei einem durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von 29 291 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptkasse im Jahre 1915: 703 043 M., da-

gegen bei einer Durchschnittsmittelgliederzahl von 42.811 im Jahre 1914 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptkasse 1.070.394 Mk. Die Jahresausgaben im Betrage von 840.988 Mk. überstiegen die Einnahmen um 137.885 Mk. Die Mehrausgabe wurde verursacht durch die Kriegs- und Notstandsunterstützungen. Die Unterstützungen summierten sich allgemein ziemlich hoch, weil die Unterstellungen in voller Höhe während des Krieges aufrechterhalten blieben. Die Kriegsunterstützungen bedeuteten eine besondere Belastung der Kasse. Die für reine Unterstellungen vorausgesetzte Summe belief sich auf 484.487 Mk., davon Kriegs- und Notstandsunterstützungen 264.271 Mk., Krankenunterstützungen 188.543 Mk., Arbeitslosenunterstützungen 20.700 Mk., Verordnungsbeihilfen bezw. Stiefgeld 60.040 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss 1.619.480 Mk. gegen rund 1.651.825 Mk. am Jahreschluss 1914.

Knappschätzliches.

Vorstandssitzung des Bochumer Knappschätzvereins vom 15. September 1916.

Es wurde zunächst mitgeteilt, daß der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 4 Millionen Mark zur Unterstützung der Invaliden, Witwen und Waisen sowie der tranfrierenden Mitglieder der Krankenkasse zur Verfügung gestellt hat. Der Vorstand beschließt, diese Summe als Kriegszugabe unter Berücksichtigung des Bedürfnisses zu verwenden. Das Bedürfnis soll angenommen werden, wenn das Gesamteinkommen des zu Unterstützenden bestimmte nach der Zahl der Angehörigen abgestuft Grenzen nicht überschreitet. Zudem soll auch der Betrag der Unterstützung sich nach der Zahl der Angehörigen abufen. Der Vorsitzende wird ermächtigt, dem Verein für die bergbaulichen Interessen den Dank des Vorstandes für die Schenkung auszusprechen.

Die Verwaltung berichtet ferner, daß dem Bergmann Hermann Graße von Essen-Altenessen für den Sprengel 90 die Kettsteingehalte nach vorheriger Prüfung und Verpfichtung durch den Geschäftsaus-schuss übertragen worden sind.

Der Knappschätzverein ist wieder als Vermittlungsstelle für die Reichungen auf die 6. Kriegsanleihe zugelassen und können Zeichnungen entgegengenommen werden; der Vorstand beschließt, sich an der 6. Kriegsanleihe mit 15 Millionen Mark zu beteiligen. Hierdurch erzielt seine Gesamtbeteiligung an den bisherigen Kriegsanleihen 80 Millionen Mark.

Das königliche Oberbergamt hat die durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 betr. Renten in der Invalidenversicherung getroffenen Änderungen durch Beschluß vom 31. August 1916 als Nachtrag zur Satzung festgesetzt. Die weitere Auffassung des K. Knappschätzvereins als Sonderanfall nach § 1380 der Reichsversicherungsordnung ist beantragt worden.

Im übrigen entscheidet der Vorstand über die Anträge auf Wieder-verteilung der verlorenen Unmarke, nachträgliche Annahme von Anerkennungsgeldern usw. entsprechend den Vorschlägen der Geschäfts-ausschüsse.

Mikstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reiche Dohlhuf II und V. Am 16. August mußte hier Sonntag stattfinden. Aber an diesem Tage konnten die Arbeiter morgens lesen, daß Sonntag erst am 17. stattfinden wird. Zwischen Abtag und Sonntag sind es 18, dagegen zwischen Sonntag und Abtag nur 12 Tage. Hier verdienen die Kumpels nicht so viel, daß sie Ersparnisse machen können, sondern der Sonntag wird mit Schnulst erwartet. Für Lampenreparatur werden Abzüge bis zu 11 Mark gemacht, wo die ganze Lampe nur 9,50 Mk. kostet. Es wurde schon festgestellt, daß, obwohl die Lampen brennend abgegeben wurden, anderen Tags die Mine kaputt war. Man kann beobachten, wie die Lampen, selbst vom Meister, mit einem Hammer — wenn sie nicht brennen wollen — zertrümmert werden. Im Revier I kann dem Streichen-ältesten Stolz nur gesagt werden, er soll sich mühen, sonst muß mit ihm deutlich gesprochen werden. Auf Schacht II werden größtenteils nur mit zwei Tagen Leute gefördert. Esfahrpforten sind nicht vorhanden. In der Wäsche sind Kinder unter 16 mit Erwachsenen zusammen. Ein Auszubildender trug dieses dem Betriebsführer vor, welcher sagte, es wäre noch feiner hier gewesen, der sich darüber beschwerte. Unter der Belegschaft herrscht über alles das Miß-stimmung.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ser mit der Zwangsorganisation!

Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben: Ueber den Zweck und die Notwendigkeit starker und geschlossener Berufsorganisationen für die Unternehmerberufe herrscht schon vor dem Kriege zwischen Unternehmern und Regierung völlige Ueber-einstimmung, und wo einzelne Unternehmer aus Kurzsichtigkeit oder Egoismus sich nicht freiwillig ihrer Berufsorganisation anschließen, wurden sie vielfach durch den Staat dazu gezwungen, wie ja auch die Kohlenwerksbesitzer ins Syndikat gezwungen werden, falls sie den Weg dazu nicht noch „freiwillig“ finden, nur für die Arbeiterchaft wollte man diese Notwendigkeit nicht anerkennen. Der im Staat nicht allein zahlreichste, sondern auch wichtigste, dazu noch wirtschaftlich schwächste Stand soll der wirtschaftlichen Selbsthilfe nicht bedürfen, denn, anstatt seine Organisationen genau so zu fördern, wie die-jenigen der Unternehmer, wurden diese bisher bekämpft und nieder-gehalten. Während eine entschiedene, oft rücksichtslose Interessen-vertretung einer Unternehmerruppe als identisch mit dem Staats-wohl galt, wurde die Wehrmacht der Arbeiterinteressen als ein staatsfeindliches Unterfangen bekämpft, und so steht sich bei dem Unternehmertum schon die Ueberzeugung festgesetzt, daß Unternehmerr-profit und Staatswohl identisch sind, daß einzelne Unternehmerruppen selbst nach zwei Jahren Krieg noch wegen, die Arbeiterchaft als anti-national zu denuncieren, sofern diese mag, höheren Anteil vom Profit zu fordern. Ebenso betrachten die Unternehmer Industrie und Unternehmerinteressen ganz selbstverständlich für identisch, während die in der Industrie beschäftigten Arbeiter für sie nur — wenn auch noch so notwendiges — Betriebsobjekt darstellen, etwa gleich den Maschinen und dem Rohmaterial; und wie Maschinen und Roh-material dem Kalkül und der Disposition des Unternehmers unter-liegen, genau so willkürlich sollen die Arbeiter ihm unterworfen sein. Wie die Industrie prosperiert, welche Ueberflüsse die einzelnen Werke abwerfen, geht die Arbeiter nichts an, sie erhalten ihren Lohn oder können gehen, nicht aber mitbestimmen. Eine Organisation haben sie mithin nicht notwendig, denn die Unternehmer regeln ja alles — zu ihrem eigenen Nutzen natürlich. Je unenergie der Arbeiter, desto mächtiger die Unternehmer, folglich ihr Bestreben, die Arbeiter in ständiger Unmöglichkeit zu halten, nach dem Grundtag: Teile und herrsche!

Der Krieg hat erst die volle Bedeutung des Arbeiterlandes im Staate offenbart und die außerordentliche Wichtigkeit der Gewerk-schaften auf solche Kreise erkennen lassen, die vorher mit Gering-schätzung auf die Arbeiter schauten und ihre Gewerkschaften bekämpften. Bei diesem Kriege mußte der Staat tatsächlich, wie einst Bismarck sagte, „den Arbeiter in Bewegung setzen“, daraus seine Millionenheere aufstellen und so wurde der Arbeiterstand der Mithras, auf dessen Schultern die gewaltige Last des Staates ruhte. Große Massen bilden aber immer nur in einer Organisation vereinigt eine Macht, in Unmöglichkeit aufgelöst, eine kindige Gefahr. Im Felde stehen die Massen vereint in der Militärorganisation, hinter der Front in ihren gewerkschaftlichen Verbänden, wo sie tatkräftig für die Ver-teidigung des Landes mitarbeiten. Die Organisationen basieren auf dem Grundtag: „Einer für alle, alle für einen“, während eine unorganisierte Masse in ihrem Handeln unbe-rechenbar ist und deshalb eine große Gefahr dar-stellt. Je enger aber die Zeiten, um so größer diese Gefahr, das haben uns einige Vorkommnisse im Ruhr-bergbau vollauf bestätigt. Kein Verur zählt so große unorganisierte Massen wie der Bergbau, in keinem Verur haben die Unternehmer die Arbeiterorganisation so brüskiert, wie im Bergbau, aber in keinem Verur kann sich diese Brückierung schlimmer rächen, wie im Bergbau. In Friedenszeiten mochten die Bergwerksbesitzer Konflikte mit ihrer unorganisierten Arbeitermasse durch Terror und mit Staatshilfe ohne Schaden für die Allgemeinheit niederringen, anders während des Krieges. Jeder während der Dauer des Krieges im Bergbau hervor-gerufene Konflikt der unorganisierten Massen schädigt das Land weit

mehr als die Grubenbesitzer, stürzt die Zuversicht der Feinde Deutsch-lands. Es muß darum alles aufgegeben werden, solche Konflikte zu verhindern, was aber nur möglich ist, wenn die Gewerkschaften als offizielle Vertretung der Bergleute an-erkannt und die Unorganisierten zum Beitritt angehalten werden. Die Werksbesitzer können Konflikte nicht verhindern, eher neue heraufbeschwören, während die Organisationen erst dann bestimmenden Einfluss auf die unorganisierten Massen aus-üben können, wenn diese den Organisationen angeschlossen sind. Un-organisierte und Selbst erklärte, die Werksbesitzer seien bestochen, sie fielen ihnen (den Werksbesitzern) in ihrem Kampf gegen das Grubenkapital in den Rücken! „Wenn es keinen Verband gäbe, hätten wir jetzt einen auskömmlichen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier“, erklärte ein Unorganisierter in Banne, während ein bekannter Werksbesitzer am 27. August in Glinnefeld sagte, er gehe nicht in die Bergarbeiterversammlung, weil er wisse, daß der Verbandsbereuer gegen den Streik sprechen werde! Gerade jetzt, wo der Krieg immer schlimmere Formen annimmt, wo die innere Ruhe und das geschlossene Zusammenwirken aller Staats-bürger notwendiger als je ist, da erklären die Unorganisierten und die Werksbesitzer, die Organisationsvertreter seien ihnen in den Rücken, denn jetzt wäre die Zeit zum Kämpfen. Diese unorganisierte und darum unberechenbare Masse bildet also eine tatsächliche Gefahr für das ganze Land im allgemeinen, für ihre Verursacher im be-sonderen. Diese Gefahr steigert sich noch mit jedem Tage, indem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern. Will man Vorkom-mnisse solcher Art verhindern, dann her mit der Zwangs-organisation!

Diese Zuschrift spiegelt die Stimmung in weiten Kreisen der Ar-beiter wieder, die, wenn nicht hervorgerufen, so doch gestärkt wurde durch die vom Bundesrat erlassenen Zwangsindividuenverordnungen für den Kohlenbergbau und die Zementindustrie. Man sagt sich in diesen Kreisen: „Was den Unternehmern recht ist, muß den Arbeitern billig sein. Wenn die Unternehmer vom Staate zusammengezwungen wer-den können, so können es auch die Arbeiter, denn für die Arbeiter ist die Organisation mindestens in gleichem Maße eine Lebensnot-wendigkeit, wie für die Unternehmer.“ Am 18. August hat eine Zahl-stellenversammlung unseres Verbandes in Wipperfurthung sogar einen Antrag einstimmig angenommen, wonach unser Verbandsvorstand er-sucht wird, von der Regierung die Anerkennung der Organisation als rechtliche Vertretung der Arbeiter zu fordern.

In England werden gleiche Forderungen erhoben. So hat z. B. eine Konferenz der südwalisischen Zechenbesitzer und Bergarbeiter am 16. März 1916 in London, unter dem Vorsitz des Regierungsvertreter Sir George Asquith, beschlossen:

„Die nichtorganisierten Bergleute sind aufzufordern, sich den anerkannten Gewerkschaften anzuschließen. Die Bergwerksbesitzer willigen ein, daß dieser Beschluß durch öffentlichen Anschlag in den 700 südwalisischen Bergwerken bekannt gegeben wird. Lehnen es die Arbeiter trotzdem ab, in die Gewerkschaften einzutreten oder ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, so sind die Arbeitgeber berechtigt, den Verband des Zechenbesitzerverbandes anzurufen, um diesen Beschluß durchzusetzen. Unstehen hierbei Schwierigkeiten, die sich auf gültigen Wege nicht regeln lassen, so sind sie dem Hauptinspektionskommissar zu unterbreiten.“

Der letzte englische Gewerkschaftsausschuss in Birmingham hat ge-werkschaftliche Zwangsorganisationen für alle Arbeiter gefordert, und zwar für die ersten drei Friedensjahre nach dem Kriege. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse lassen also selbst den englischen Arbeitern eine schärfere Zusammenfassung aller Kräfte notwendig erscheinen.

Belegschaftsversammlung der Zeche Constantin der Große.

Am 10. September fand im Lokale des Herrn Spielermann in Herne eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Zeche Con-stantin der Große, Schacht IV und V, statt. Nach dem Bericht des Arbeiterausschusses und einer ausgiebigen Diskussion wurde der Ar-beiterausschuss beauftragt, nochmals mit der Verwaltung zu verhan-deln, damit die von Belegschaftsmitgliedern vorgebrachten Mißstände beseitigt werden. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 10. September 1916, im Lokale des Herrn Spielermann in Herne tagende öffentliche Belegschaftsversammlung der Ge-werkschaft Constantin der Große, Schacht IV und V, erklärt nach Ent-gegenahme des Berichts vom Arbeiterausschuss und den Ausführungen der Diskussionsredner, die jetzt gezahlten Löhne der Arbeiter für ungenügend und den Zeitverhältnissen nicht entsprechend. Die Belegschaft ist der Meinung, daß die Gewerkschaft bei dem guten Geschäfts-gang, welcher augenblicklich im Bergbau vorherrscht, wohl in der Lage ist, die Löhne ihrer Arbeiter so aufzubessern, daß es ihnen auch möglich ist, die hohen Lebensmittelpreise zahlen zu können. Versamm-lung beauftragt deshalb den Arbeiterausschuss, bei der Verwaltung vorstellig zu werden und eine Lohnerhöhung für alle Belegschafts-mitglieder zu beantragen, die sich mit der Eingabe der vier Berg-arbeiterorganisationen an den Zechenverband vom 11. August deckt. Ferner fordert die Versammlung alle Belegschaftsmitglieder auf, sich zu organisieren.“

Saargebiet und Reichslände.

Vertrauensmännerversammlung auf von der Heydt.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Grube von der Heydt fand am 22. August statt. Anwesend waren: Oberberg-rat Jahn, Bergassessor Sonntag, Inspektionssekretär Viena und die Ver-trauensmänner. Verhandelt wurde über die Beschwerde einiger Ver-trauensmänner beim Generalkommando über die häufige Lebensmittel-verteilung. Der Werksdirektor gab den Vertrauensmännern die Ver-fügung der Hgl. Bergwerksdirektion vom 14. d. M. bekannt und for-dernte die Beschwerdeführer auf, sich zu äußern. Vertrauensmann Becker erklärte, sie seien anfangs dieses Monats von dem Bezirks-leiter der christlichen Gewerkschaft zu einer Besprechung eingeladen worden. Hierbei sei auch die Verteilung der Lebensmittel in von der Heydt zur Sprache gekommen. Dort sei ihnen gesagt worden, daß das Generalkommando in dieser Angelegenheit an Herrn Oberberg-rat Jahn geschrieben und vom letzteren auch bereits Antwort erhalten hätte. Der Werksdirektor erklärte, daß über die Lebensmittelverteilung und die Inzulänglichkeit der Einrichtung auf dem Werke in der letzten Sitzung gesprochen worden sei, von einer wiederholten Be-schwerde kann aber keine Rede sein; von dem angeleglichen Schreiben des Generalkommandos an ihn selbst sei ihm nichts bekannt. Die Verteilung sei bereits am 12. Juli der Einkaufsgenossenschaft über-tragen worden, und zwar auf eigene Veranlassung ohne irgendwelches Zutun des Generalkommandos. Hierauf wurde die Frage gestellt, ob jetzt noch Beschwerden vorzubringen seien. Zunächst wurde über die ungleiche Verteilung der Käufer durch einzelne Lagerhalter ge-sprochen und der Wunsch ausgedrückt, für eine gleichmäßigere Ver-teilung der Waren bejorgt zu sein. Im schlußlichen seien die Aus-wärtigen dran, weil sie nicht gleich erfahren können, ob und welche Waren verteilt werden. Ein Vertrauensmann befragte sich über zu langer Warten und stellt den Antrag, auch in Zukunft eine Ver-kaufsstelle zu errichten; auch möge man die Waren nicht einzeln, sondern verschiedene Waren zugleich verteilen lassen. Auch sei die Zeit von 9 bis 12 Uhr zu kurz bemessen. Hierauf erwiderte der Werks-direktor, daß die von der H. G. D. gelieferten Waren so verteilt werden müssen, wie sie geliefert werden. Die Beschwerde über die Lagerhalter wird geprüft. Das Eintreffen und die Verteilung der von der H. G. D. gelieferten Waren soll in den Zechenbüchern und Verkaufsstellen bekannt gegeben werden. Der Frage wegen Errichtung einer Verkaufsstelle in Hensweiler kann erst näher getreten werden, wenn der Bürgermeister von Hensweiler sich dazu entschließt, auch die von der Gemeinde gelieferten Waren durch die Einkaufsgenossenschaft verteilen zu lassen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Ausführung der Grube König.

Am 25. August fand unter dem Vorsitz des Herrn Inspektors Kato eine Ausführung der Berginspektion VIII König statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Lohnfrage; 2. Kartoffelverforgung oder Verzichtszahlung zur Beschaffung der- selben; 3. Lieferung von Seife und Schuhen für die Belegschaft; 4. Verladen von Verordnungsstoffen der Gemeinde Neumünster im Ziehnal und Errichtung einer Verladestelle am Gegenort; 5. Bessere Einrichtung für Schlachtfässer; 6. Regelung des Verkaufs von Grubenholzabfällen; 7. Förderung der vierden Kohlenarten von der Belegschaft am Gegenort; 8. Verpachtung von Gruben-ländereien; 9. Aufbewahrungsraum in der Waderholte Grube König; 10. Verschiedenes.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde der im Felde gefallenen Be-legschaftsmitglieder gedacht.

Zu Punkt 1 wurden in längeren Ausführungen seitens des Aus-schusses die verschiedenen Wünsche vorgebracht, als Mindestlohn für Hauer 7 Mk., alle anderen Arbeiter im Verhältnis dazu zu erhöhen. Seitens des Vorsitzenden wurde das, wenn irgend möglich, zugesagt.

Zu Punkt 2: Da die Kartoffelverforgung auf Schwierigkeiten gestoßen, wird Vorschlag gemacht für Hauer und Zechhauer 100 Mark, Schläpper 80 Mark, für Kriegerfrauen der Betrag der monatlichen Lohnbeihilfe. Bei besonders starken Familien kann auf Antrag über 100 Mark hinaus gewährt werden. Dieser Vorschlag wird in monat-lichen Raten abgezogen.

Zu Punkt 3: „Seifenlieferung“, wurde seitens des Ausschusses auf ein Versprechen des Herrn Ministers hingewiesen, worauf der Vorsitzende Prüfung aufgab. „Schuhe“ wurde als erledigt von der Tagesordnung abgesetzt.

Dem Punkt 4 kann nach Ausführungen des Vorsitzenden aus Kauf-männischen als auch Betriebsinteressen nicht entsprochen werden.

Zu Punkt 5 wurde der Antrag zurückgezogen.

Zu Punkt 6 soll die Kommission eine andere Regelung vorschlagen, dabei wurde auch auf das schlechte und teure Holz hingewiesen.

Zu Punkt 7 wurde eine bessere Bezahlung der vierten Kohlen-sorten verlangt, als auch Aufhebung des Zwanges, ein bestimmtes Quantum zu liefern. (Der Erfolg muß abgewartet werden.)

Zu Punkt 8 bemerkte der Ausschuss, daß von einzelnen Mächtern der Zechen und namentlich von Hensweiler Handel getrieben würde. Es wurde daher gewünscht, nur an Bergleute zu verpachten. Der Vorsitzende stimmte dem zu und erklärte, in erster Linie nur Bergarbeiter zuzulassen.

Punkt 9 wurde gutgeheißen, indem als Aufbewahrungsraum ein eiserner Schrank beschafft werden soll.

Unter Punkt 10: „Verschiedenes“ wurde seitens des Ausschusses eine Anzahl kleinerer Wünsche und Beschwerden vorgebracht, die größtenteils zur Zufriedenheit ihre Erledigung fanden. Vom Vorsitzenden wurde noch eine Verfügung verlesen, wonach das Kindergeld von 2,50 auf 3,00 Mk. erhöht wird. Auch die ledigen Arbeiter unter 24 Jahren erhalten eine Zulage von 3 Mark. Hierauf wurde die Sitzung ge-schlossen.

Süddeutschland.

Pfälzische Bergarbeiterabordnung im Ministerium der Finanzen und des Innern.

Am 31. August wurde seitens des bayerischen Finanzministeriums eine Abordnung der pfälzischen Bergleute und deren Organisations-vertreter empfangen. Unser Verband war vertreten durch den Bezirks-leiter Petterich und den Kameraden Meßmann, der pfälzische Gewerksverein durch Bezirksleiter Mühlen und M. Michael. In eingehender Weise wurden von allen Vertretern, die ausgiebig zu Worte kamen, die Lohnverhältnisse der pfälzischen Bergarbeiter vor-getragen. Der Herr Referent des Ministeriums, Regierungsrat Steiner, schenkte den Ausführungen der Vertreter die größte Auf-merksamkeit und bemerkte, daß er die Sache zur Erledigung an zu-ständige Stelle vortragen werde.

Am 1. September hatten dieselben Vertreter eine Audienz im Ministerium des Innern betr. Lebensmittelpreise der pfälzischen Bergarbeiter. Anwesend war Herr Minister v. Soden und sein Referent Dr. Schmeltz. Auch hier wurde die Sache in ein-gehender Weise von den Vertretern behandelt. Beide Herren gingen auf die Ausführungen ein und wurde, soweit wie möglich, Mithilfe zugesagt.

Diese Mithilfe hat auch nicht lange auf sich warten lassen, denn schon am 5. September fand in Somburg eine Konferenz in dieser Angelegenheit statt. An dieser Konferenz nahm ein Vertreter der Regierung von Speier teil, welcher sie auch leitete; ferner sämtliche in Betracht kommenden Bezirksämter und Kommunalverbands-vorsitzende, Geschäftsführer, Stadtverordnete, Bürgermeister, Berg-werksdirektoren, Schulentäter sowie obgenannte Abordnung der pfäl-zischen Bergarbeiter. Der Herr Regierungsvertreter versprach, die Sache in kürzester Zeit zu erledigen und dafür einzutreten, daß den Bergarbeitern der Pfalz dieselben Vergünstigungen zuteil werden, wie den Bergarbeitern anderer Meiere.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche (vom 17. bis 23. Sept. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Auszug in der Kasse oder von einer Kasse zu anderen beim Vertrauensmann um- bzw. an- und abgeben haben. Diese Pflicht wird leider von vielen Mitgliedern vernachlässigt. Wir bitten dringend um Beachtung.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zeilen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Dortmund V. Vom 1. bis 15. Oktober.
Hassel bei Buer. Vom 3. bis 30. September.
Hiesfeld. Vom 1. bis 15. Oktober.
Lansdorf-Hortmar. Vom 6. bis Ende September.
Wethmar. Vom 10. bis 30. September.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Ernst Alker, Niederplanitz.	Karl Engel, Bergedorf.
Ernst Dreier, Niederplanitz.	Otto Dietrich, Hohenmüll.
Unido Schuster, Niederplanitz.	Gustav Witzel, Hohenmüll.
Anton Hartmann, Salzschweinf.	Franz Watzolla, Mühlhagen.
Gustav Frajme, Krud.	Gustav Lange, Lindenhorst.
Wilhelm Buid, Gladbeck II.	Gustav Baue, Ober-Altwasser.
Georg Wödel, Oberplanitz.	Nichard Gregor, Ober-Altwasser.
Otto Witzorek, Ewig II.	Zul. Kretschmer, Ober-Altwasser.
Friedrich Wille, Remdorf.	Nichard Wille, Ober-Altwasser.
Wilhelm Blumert, Remdorf.	Walter Weigel, Markantstädt.
Karl Gypfert, Lugau.	Leopold Schiller, Gansham.
Kurt Horn, Lugau.	Albert Meiner, Wambel. (3804)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Achtung Knappschätzstättel!

Kommision Essen.

Sonntag, den 24. September, vormittags 9 1/2 Uhr,

Quartalssitzung

im Lokale des Herrn Gähler (Restaurant „Groß-Essen“) in Essen, Steelerstraße 17.

Wir empfehlen:

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis

Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch

Herausgegeben von W. H. Jansson

Preis broschiert 1,20 Mk.

Dieses Werk sollte in keiner Bibliothek fehlen. Jeder vorwärts strebende Kamerad muss sich dieses Buch anschaffen. Bestellungen nehmen unsere Boten und Vertrauensleute entgegen.

Bezüglich des Inhalts der Broschüre Jansson verweisen wir noch auf den Artikel in Nr. 1 der „Bergarbeiter-Zeitung“.